



ZENTRALAUSSCHUSS FÜR DIE BEDIENTETEN DES ÖFFENTLICHEN SICHERHEITSWESENS BEIM  
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES  
1010 Wien, Herrengasse 7, Telefon 01/53126-3484, E-Mail: bmi-za-polizei@bmi.gv.at

## BERICHT ÜBER DIE ZENTRALAUSSCHUSSSITZUNG vom 18. und 19.11.2020

(Inhalte auszugsweise und unter Wahrung des Datenschutzes)

### Personalmaßnahmen

#### VERSETZUNGEN

Es wurden bundesweit 67 Versetzungen beschlossen

#### PLANSTELLENBESETZUNGEN

Es wurden bundesweit 42 Planstellenbesetzungen beschlossen

### Anträge und Antragsbeantwortungen

#### Anträge

##### FSG im Zentrallausschuss

Urgenanztrag betreffend rascherer Vergabemodalitäten im Rahmen von Planstellenvergabeverfahren – raschere Vorlage der Besetzungsakte aus den Bundesländern, deren Zuständigkeit das BMI und den ZA betrifft, innerhalb der vorgesehenen Frist

Antrag betreffend Ergänzung der Richtlinien im E2b-Versetzungsverfahren – Festlegung von Quoten für Versetzungen von Wien in die Bundesländer und Festlegung von Quoten für Versetzungen außerhalb Wiens zu Jahresbeginn unter Einbindung der Personalvertretung

##### AUF im Zentrallausschuss

Antrag betreffend erlassmäßiger Regelung von „Sonderbetreuungszeit“ für Kinderbetreuung im Rahmen von Sonderurlaub analog der Privatwirtschaft. - Dazu hat der Zentrallausschuss beschlossen, dass der Dienstgeber bei Vorliegen der Voraussetzungen für Sonderbetreuungszeiten nach der aktuellen COVID-19-Verordnung mit Sonderurlaub vorgehen soll.

##### Fachausschuss Niederösterreich

Antrag auf Löschung der Namen der einschreitenden Beamtinnen und Beamten im Ergebnisprotokoll für LKW-Kontrollen und Erweiterung durch den Zentrallausschuss darauf, dass die Bekanntgabe des vollständigen Namens auch in anderen dienstlichen Bereichen überdacht und Alternativen anzudenken wären, um die Sicherheit betroffener Bediensteter zu gewährleisten und Verletzungen der Privatsphäre hintanzuhalten



## Antwortschreiben

### **BMI: Antwortschreiben zum Antrag des Fachausschuss Kärnten auf Zuerkennung der Gefahrenzulage für Strahlenspürer gem. § 19 Gehaltsgesetz**

Aus der Zugehörigkeit zum Sonderdienst Strahlenspürer kann keine rechtfertigende laufende Gefährdung erkannt werden, womit der Zuerkennung einer pauschalierten Gefahrenzulage nicht nähergetreten werden kann.

### **BMI: Antwortschreiben zum Antrag des Fachausschuss Kärnten auf Unterstützung von Einsatzkräften aus anderen Bundesländern für die LPD Kärnten und Ersuchen um bundesweite Überprüfung der Zuweisung von Einsatzkräften**

Nach Prüfung des Personalstandes im Bereich der LPD Kärnten sowie auf Grundlage der durch die LPD Kärnten erstellten Bedarfsplanung für die Durchführung der Grenzkontrollen, ist – nicht zuletzt, da auch in weiteren LPDen eine ähnliche Situation vorherrschend ist – eine Personalzuführung aus anderen Landespolizeidirektionen derzeit nicht vorgesehen.

### **BMI: Antwortschreiben zum Antrag des Dienststellenausschusses SV beim Bundeskriminalamt auf Evaluierung der psychischen Belastung am Arbeitsplatz**

Es wurde seitens des Dienstgebers ein zeitnahes Gespräch mit Führungskräften des Bundeskriminalamtes in Aussicht gestellt, wobei dieses Thema erörtert werden soll.

---

## Weihnachtsbelohnung 2020

### **Auszug aus dem ZA-Informer Oktober 2020**

#### ***„BMI: Antwortschreiben zu den Anträgen betreffend Angleichung der Weihnachtsbelohnung***

*Einer Erhöhung der Weihnachtsbelohnung kann aus budgetären Gründen nicht nähergetreten werden und die Weihnachtsbelohnung wird in den bisherigen Höhen (Euro 160,- für Angehörige der Zentraleitung und Euro 96,- für die Bediensteten in den Landespolizei-direktionen und deren nachgeordneten Dienststellen) zur Anweisung gebracht werden.*

***Dies wird vom Zentrallausschuss keinesfalls so zur Kenntnis genommen und weiterhin eine Angleichung der Weihnachtsbelohnung für alle Bediensteten gefordert, weil es keinen Unterschied machen darf, ob jemand in der Zentraleitung oder in den nachgeordneten Behörden/Dienststellen Dienst verrichtet.“***

Diesbezüglich wurde am 23.10.2020 ein durch den Zentrallausschuss gefordertes Beratungsgespräch nach § 10/6 B-PVG auf Grund der Nichtzurkenntnisnahme der Ausführungen im oben angeführten Antwortschreiben des Dienstgebers durchgeführt, wobei jedoch neuerlich keine Einigung zwischen den Dienstgebervetretern und dem Zentrallausschuss erzielt werden konnte.

Im darauffolgenden Gespräch nach § 10/7 B-PVG wurde dann die Beibehaltung der Auszahlung der Weihnachtsbelohnung in der bisherigen Höhe von Euro 96,- für die Bediensteten in den nachgeordneten Dienststellen und in der Höhe von Euro 160,- für die Angehörigen in der Zentraleitung entschieden.

---

Seit der letzten ordentlichen Sitzung wurden vom Zentralkommission insgesamt 270 Schriftstücke behandelt.

---

**Mit kollegialen Grüßen**

**Reinhard ZIMMERMANN**

Vorsitzender

**Hermann GREYLINGER**

Vorsitzender Stv.

**Reinhold MAIER**

Vorsitzender Stv.

